

Haushaltsrede 2016

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

liebe Ratsmitglieder,

sehr geehrte Damen und Herren,

- **Flüchtlinge in Telgte**

„Wir schaffen das!“ Dieser Satz der Kanzlerin hat in 2015 die Gemüter bewegt wie kein anderer. Selbstbewusste Einschätzung der eigenen Stärken oder illusionäre Überschätzung der selbigen? Fakt ist: Das liberale und freizügige Asylrecht der Bundesrepublik wird durch den Zustrom einer nie gekannten Zahl von Asylsuchenden auf eine Bewährungsprobe gestellt. Auch für unsere Stadt dominiert und überlagert dieses Thema vieles andere.

Das Eine: gelebte Willkommenskultur und starke ehrenamtliche Hilfe erleichtern vieles und sind die tragende Kraft der Betreuung der Flüchtlinge. Ohne diesen beispiellosen Einsatz vieler Telgter wäre die Aufnahme und Begleitung der Flüchtlinge unvorstellbar. Allen, die hier helfen, zollen wir höchsten Respekt.

Das Andere: die finanziellen Ressourcen der Stadt werden über alle Maßen beansprucht. Auch die Arbeitsleistung der Mitarbeiter in der Verwaltung, egal in welchem Bereich sie arbeiten, wird durch dieses Thema enorm gefordert. Ihnen allen gilt unser Dank und unsere Anerkennung für die großartige Leistung. Hier schließen wir alle Bereiche, vom Bauhof bis zum Bürgermeister, vom Sozialamt bis zur Kämmerei, mit ein

Aber darf man angesichts der existentiellen Not der meisten Flüchtlinge überhaupt über Geld sprechen? Man darf es nicht nur, man muss es sogar. Diese Aufgabe braucht das große Herz einer gelebten Willkommenskultur und auch den nüchternen kaufmännischen Verstand, um Ressourcen zielgerichtet und effizient einzusetzen. Das Budget für die Flüchtlingshilfe ist ein wichtiger Angelpunkt des Haushaltes. Der Bürgermeister hat in seinem Entwurf Erstattungen des Landes NRW in Höhe von 3,4 Mio. Euro einkalkuliert und ihnen Ausgaben von mehr als 6 Mio. Euro gegenübergestellt, mithin also Eigenmittel der Stadt von 2,6 Mio. Euro vorgesehen.

Und dies unter „Annahmen aufgrund von gewissen Plausibilitäten“. So steht es auf Seite 23 des Vorberichtes des Haushaltes.

Die Grundlage dieser „Plausibilitäten“ ist dünn. Das beginnt mit den Zahlen der Flüchtlinge selbst. Die Verwaltung beziffert die Zahl der zu versorgenden Menschen zum 01.01.2016 mit 450 Personen. Die Bez.Reg. Arnsberg rechnet Telgte aber nur 406 Personen zu. Laut Königsteiner Schlüssel sind es sogar nur 380 Personen, die die Stadt unterbringen müsste. Pressewirksam verkündet die Landesregierung eine Zuweisung von 10.000 Euro je Flüchtling und Jahr. Im Haushaltsentwurf sind aber nur de facto 5600 Euro eingestellt.

Andere Kommunen in NRW, vornehmlich die Großstädte wie Köln oder Düsseldorf, nehmen weniger Flüchtlinge auf, als es ihrer Verpflichtung entspricht und bekommen dennoch Mittel hierfür ausgezahlt. Die Mittelverteilung durch die rot-grüne Landesregierung kann man nur als willkürlich bezeichnen. Bezeichnend war ein Telefonat des Bürgermeisters in einer Sitzungspause des Finanzausschusses am 02.02.2016. Als Ergebnis eines Gespräches mit einer grünen Parteifreundin im Innenministerium gab er die Information weiter, dass im Jahr 2016 mit einer weiteren bisher nicht berücksichtigten Zuweisung von 750.000 Euro für Telgte zu rechnen sei. Schade das der Bürgermeister nicht noch mehr Telefonate dieser Art geführt hat, möglicherweise wäre dann heute der Haushalt ausgeglichen.

Fakt ist: Die rot-grüne Landesregierung verlagert die Lasten auf die Kommunen und stiehlt sich aus ihrer Verantwortung. Nicht einmal die Gelder aus Berlin werden in Düsseldorf eins zu eins weitergeleitet, sondern zur Deckung anderweitiger Haushaltslöcher zweckentfremdet. Gegen dieses Zuweisungsverfahren muss die Stadt mit allen Mitteln vorgehen und darf es nicht akzeptieren.

Die Erstellung eines Integrationskonzepts für die Stadt ist von der CDU im FA eingebracht worden. Wenn Integration gelingen soll, braucht es klare Strukturen und ein koordiniertes Vorgehen aller Beteiligten. Die Möglichkeiten ehrenamtlicher Hilfe dürfen weder überschätzt noch überstrapaziert werden. Der von uns eingestellte Betrag von 5000 Euro für diesen Zweck ist nur ein Anfang, das ist allen bewusst. Wenn Integration gelingen soll und nicht nur ein Schlagwort bleiben soll, muss sich die Stadt mit großer Intensität hier kümmern.

- **Ehrenamt stärken**

Viele Menschen engagieren sich in beispielhafter Weise für unsere Stadtgesellschaft bzw. die Dorfgemeinschaft. Das findet unsere ausdrückliche Anerkennung und Wertschätzung. Die finanzielle Ausstattung ist wichtig, keine Frage. Die CDU hat dafür gesorgt, das Stadtjugendring, ZIB und „JugendMacht Telgte“ eine angemessene Ausstattung bekommen. Die Telgter Ehrenamtskarte setzt wichtige Zeichen.

Aber Geld ist nicht alles.

Unser Arbeitsauftrag für die nächste Zeit geht darüber hinaus. So muss bürgerschaftliches Engagement einen festen Platz in der Verwaltungsstruktur der Stadt bekommen. Eine Anlaufstelle für Vereine ist wünschenswert. Ein Ehrenamtsbeauftragter innerhalb der Verwaltung ist vorstellbar.

Die Vernetzung der Vereine untereinander ist wichtig, gemeinsame Seminare und Arbeitskreise können hilfreich sein. Die erste Ehrenamtsbörse im Jahr 2013 war ein großer Erfolg und sollte alle ermutigen.

Rat und Verwaltung müssen ihre Kultur der Anerkennung für bürgerschaftliches Engagement weiter pflegen

Einige Sätze zur Situation der Telgter **Schullandschaft**.

Die Erweiterung der Grundschule in Westbevern geht voran und wird die Zusammenführung der beiden Standorte im Dorf auf eine gute Basis stellen.

Bedauerlich allerdings die massive Kostenüberschreitung von 220.000 Euro, die überplanmäßig bereitgestellt werden musste, um die Baumaßnahme durchführen zu können. Aus Sicht der CDU muss das Kostencontrolling deutlich verbessert werden. Die Bürger haben am 17. April diesen Jahres die Möglichkeit, für notwendige Verbesserungen zu sorgen.

Der Knaller allerdings war die Beerdigung der Umbaupläne des Schulzentrums. Stets war die zwingende Notwendigkeit einer Maximallösung durch den Bürgermeister betont worden. Wie oft wurden die glanzvollen Bilder vorgestellt. Ein guter Sekundarschulbetrieb ohne diesen Umbau – unvorstellbar. Noch im Juni letzten Jahres der Umsetzungsvorschlag mit Hilfe vollständiger Kreditaufnahme. Und dann: aus die Maus, kein Geld da. Das ganze Tam Tam des Bürgermeisters löst sich in Luft auf. Rund eine Viertelmillion an Planungskosten dürfte verbrannt sein. Einem kaufmännisch versierten Bürgermeister wäre das sicher nicht passiert.

Die bauliche Umgestaltung der Sekundarschule hat aktuell keine konkrete Perspektive.

Der Haushalt des Jahres 2016 bietet leider keine Möglichkeiten, hier mehr zu bewegen. Für die Zeit bis 2020 allerdings muss hier deutlich mehr getan werden, als vom Bürgermeister in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen.

Die Prioritäten der CDU dabei sind neben der laufenden Herrichtung der Klassenräume der Ausbau und die Ausstattung der Fachräume, insbesondere der Schulküche und des Werkraumes. Sanierung von Bodenbelägen und Fliesen sind ebenso dringend erforderlich. Die Sanierung der Pausenhalle bedarf intensiver Überlegungen, um das Wünschenswerte mit den finanziellen Möglichkeiten der Stadt zu verbinden.

Die **Freiwillige Feuerwehr** darf sich über eine weiter rege Investitionstätigkeit der Stadt freuen; so wollte es mehrheitlich der Finanzausschuss. Ein zweites Großtanklöschfahrzeug und ein Rüstwagen sollen beschafft werden. Die CDU hätte es begrüßt, erst die Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes abzuwarten, um drängende Fragen zu beantworten.

- **Wohn- und Gewerbeflächenentwicklung für Telgte und Westbevern**

Eine besondere Bedeutung kommt aus unserer Sicht der Entwicklung von Flächen für Wohnen und Gewerbe zu.

Das Verfahren zur Ausweisung von neuen **Gewerbeflächen** im Kiebitzpohl entspricht der Forderung der CDU. Es nahm allerdings einen holprigen Start.

Die Verfügbarkeit von Flächen ist ein sehr wichtiger Punkt, darf aber nicht das alleinige Maß der Dinge sein. Sachliche Hinderungsgründe müssen so weit wie möglich im Vorfeld geklärt werden. Über die Lokalpresse und im öffentlichen Teil des Bauausschusses geführte Grundstücksverhandlungen dürften ein Novum für Telgte gewesen sein. Schuldzuweisungen und Polemik der Parteifreunde des Bürgermeisters erschweren zusätzlich die Klärung der

Sachfragen. Die öffentliche Kritik am Verhandlungsführer der Stadt schadete allen Beteiligten.

Die **Wohnbauentwicklung** muss mit Nachdruck vorangebracht werden. Angebot und Nachfrage klaffen in Telgte weit auseinander.

.

Die tatsächliche Nachfrage nach Wohnraum in Telgte hat die Ergebnisse des Demografieprozesses aus 2011/2012 überholt. Wichtige Weichenstellungen kommen um einige Jahre zu spät.

Mit der Entscheidung einer Rahmenplanung für Telgte Süd-West kommt die Stadt nun einer Forderung von CDU und FDP nach.

Die Ausweisung von Wohnbauflächen am Siedlungsrand der Stadt muss sicher mit Augenmaß und wohldosiert erfolgen. Keinesfalls darf es dazu führen, die anderen Stränge der Wohnbauentwicklung zu vernachlässigen, die da heißen Nachverdichtung und Konversion von Handels- bzw. Gewerbeflächen zu Wohnflächen. Hier geht es insbesondere um die Schaffung von Mietwohnraum, denn auch dieser wird in Telgte dringend gebraucht. Wir begrüßen es, dass der Bürgermeister seinen Widerstand gegen die Umlegung des Discounters Lidl an die Orkottenstrasse aufgegeben hat und sich nun für die Realisierung dieser Planung einsetzt. Ein runder Tisch mit Vertretern aller Fraktionen sowie der Eigentümer und Betreiber, vorbereitet durch eine Initiative der CDU, machte den Weg frei. Die IHEK-Pläne an dieser Stelle sind schon lange mausetot. Andere städtebauliche Ziele, wie die Realisierung des Bahnseitenweges sowie der Ausbau der Orkottenstraße incl. Kreisverkehr haben für Telgte hohes Gewicht.

In Westbevern kommt es nach einer langen Zeit der Untätigkeit im Wohnbaubereich voran. Auch hier ging die Initiative von der CDU in enger Zusammenarbeit mit dem Westbevrner Krink aus.

Das ist gut für Westbevern. Die Mitwirkungsbereitschaft der Eigentümer wird die Umsetzung der Planungen erleichtern. Zu hoffen bleibt hier, dass der Immissionsschutz nicht zum Hindernis für die Entwicklung in Westbevern wird. Überzogene Auflagen werden die Stadt möglicherweise noch vor große Probleme stellen.

Die CDU spricht sich nachdrücklich für die Realisierung des **Gemeindehauses Raestrup** aus. Die Bemühungen des Vereines verdienen volle Unterstützung durch die Stadt und auch die Kreisverwaltung. Gerade aber die Signale aus dem Kreishaus- der offene Brief des Landrates- sind nicht besonders ermutigend. Wir bitten die Kreistagsabgeordneten aller Fraktionen hier um Intervention und Fürsprache für dieses Projekt.

Gestatten Sie mir einige Worte zum **Denkmalschutz** in der Stadt. Der Bürgermeister erklärte im vergangenen Jahr eigenmächtig die Unterschutzstellung von eventuell denkmalwürdigen Gebäuden zu einem laufenden Geschäft der Verwaltung. Er setzte sich damit über geltendes Ortsrecht hinweg. Noch am 10.04. 2014 hatte der Hauptausschuss die Hauptsatzung der Stadt und die Zuständigkeitsordnung bestätigt, die dem Schul- und Kulturausschuss klar und eindeutig die Beratung und Beschlussfassung dieser Thematik zuweisen.

Bemerkenswert war die Unterschutzstellung des städtischen Gebäudes der Marienschule. Der Rat konnte sich über das Amtsblatt des Kreises Warendorf über diesen Vorgang in Kenntnis setzen, da es der Bürgermeister nicht für nötig hielt, direkt zu informieren. Die Abteilung Gebäudemanagement der Stadt wurde sogar ermächtigt, die Einverständniserklärung nach dem Denkmalschutzgesetz abzugeben.

Wir fragen uns, welche Wertschätzung und welchen Respekt Bürgermeister Pieper dem Ortsrecht und den Gremien des Rates entgegenbringt.

Der Hauptausschuss hat am 11.02.2016 auf Initiative der CDU und mit den Stimmen von SPD und FDP bestätigt: Unterschutzstellungen gehören zur Beratung und Beschlussfassung in den Schul- und Kulturausschuss. Wir haben für Dialog, Transparenz und Mitwirkung der Eigentümer auf Augenhöhe gesorgt.

Die Planungen für die Sanierung von **Markt und Kapellenstrasse** gehen in die Schlussphase.

Telgtes gute Stube soll bald in neuem Glanz erstrahlen. Obwohl die Planungen weit fortgeschritten sind und mit einem hohen Aufwand an Beratungen, Workshops und Gesprächen aller Art einhergingen, bleiben noch offene Fragen: nach Auskunft des Bürgermeisters befindet sich z.B. die Frage nach

Kostenbeteiligung der Anlieger in der abschließenden juristischen Prüfung. Es muss eine Selbstverständlichkeit sein, dass vor Baubeginn Klarheit über die Kostenträgerschaft besteht. Der Bauzeitenplan liegt noch nicht fest. Nicht nur für die direkten Anlieger, sondern für die gesamte Altstadt ist der Zeitplan von großer Bedeutung; schränkt er doch die Geschäftstätigkeit großräumig stark ein und verursacht somit potentiell hohe Ertragsausfälle. Der in diesem Kontext aufgestellte Forderungskatalog der Telgter Hanse findet die volle Unterstützung der CDU und muss bei der Umsetzung der Maßnahme beachtet und befolgt werden.

Zentraler Punkt der Vorlage des Haushaltsplanentwurfes des Bürgermeisters war der Vorschlag massiver **Erhöhung der Grundsteuern A und B**. Die Grundsteuer A sollte um 27 Prozent steigen und die Grundsteuer B um 23,5 Prozent. Als Begründung führte der Bürgermeister bei der Einbringung am 10.12.2015 unter anderem, ich zitiere, einen „drastischen Anstieg der Kreisumlage wie nie zuvor“ an.

Überraschend war dieser Anstieg allerdings nicht, hatte ihn der Bürgermeister doch bereits im HH des vorherigen Jahres weitgehend berücksichtigt. Kurios in diesem Zusammenhang war der Versuch der Telgter Grünen, im Finanzausschuss am 17.11.2015 eine Resolution an den Kreis herbeizuführen, um dort Aufwendungen zu senken und Verschiebungen von Ausgaben in die Zukunft herbeizuführen. Der Entwurf trug bereits bei der Einbringung die Signatur aller Fraktionsvorsitzenden, eine Abzeichnung der CDU aber hat es zu keiner Zeit gegeben. Bei der Beratung des Kreishaushaltes selbst gab es dann von der Grünenfraktion –hier kommen vier der sechs Mitglieder aus Telgte– nicht einen einzigen nennenswerten Vorschlag zur Kostendämpfung des Kreishaushaltes. Offensichtlich nehmen sich die Grünen und ihre Kreistagsmitglieder mit ihren Anträgen und Resolutionen selbst nicht ernst und lassen den Worten keine Taten folgen.

Aber zurück zur Steuererhöhung:

Es ist der dritte Versuch von Wolfgang Pieper, die Bürger der Stadt stärker zur Kasse zu bitten.

Dieser Vorschlag hat im Finanzausschuss mit den Stimmen von CDU und FDP keine Mehrheit gefunden. Und das ist gut und richtig so.

Aus Sicht der CDU können Steuererhöhungen immer nur das letzte Mittel der Wahl sein, wenn alle anderen Möglichkeiten erschöpft sind. Das sind sie in Telgte noch lange nicht.

Auf die willkürlichen kommunalen Belastungen durch das Land mit seiner rot-grünen Regierung für Unterbringung der Flüchtlinge hatte ich bereits hingewiesen.

Der Bürgermeister und Teile des Rates zeigen keinen Willen zu effizienter und sparsamer Haushaltsführung. Der Umgang mit Steuergeldern ist wie in den vergangenen Jahren leichtfertig und unbekümmert.

Eine Kürzung definierter Positionen der Sach- und Dienstleistungen ist von der CDU gefordert worden, fand allerdings im Finanzausschuss keine Mehrheit. Anstelle dessen kam es zu Abstrichen bei den Gesundheits- und Unterbringungskosten der Flüchtlinge. Man mag dies als spekulativ kritisieren. Fakt ist aber, dass es für die Verwaltung dennoch einen hohen Druck zu effektiver Mittelverwendung auslösen wird. Und dieser Zwang ist ausdrücklich gewollt. Nur knappe Mittel werden vernünftig eingesetzt. Am Ende des Tages zählt nicht der Plan, sondern das Rechnungsergebnis. Die Genehmigungsfähigkeit des Haushalts der Stadt für das Jahr 2016 ist gegeben.

Sparsame Haushaltsführung ist die Aufgabe für das gesamte Jahr.

Die Bürgerinnen und Bürger der Stadt haben am 17. April 2016 die Möglichkeit, die Weichen für die Zukunft von Telgte neu zu stellen. Wir sind davon überzeugt, dass der Bewerber Bernd Wittebrock die notwendige Kostenkontrolle und Effizienzsteigerung herbeiführen wird, die Telgte dringend benötigt.

Daher stellt sich die CDU-Fraktion ihrer Verantwortung und trägt den Haushalt des Jahres 2016.

Lassen sich mich bitte die Kernbotschaften zusammenfassen:

Die Flüchtlingssituation meistern – das schaffen wir nur gemeinsam

Steuern stabil halten – keine weiteren Belastungen für die Bürger

Effizienz steigern – mit vorhandenen Mitteln mehr geschafft bekommen

Ehrenamt stärken - damit Telgte lebens- und liebenswert bleibt

Mit Bernd Wittebrock als Bürgermeister werden wir diese Ziele erreichen.

Zum Schluss meiner Ausführungen darf ich mich bei den Mitarbeitern der Kämmerei, insbesondere bei Anja Schlenker, für die Unterstützung bei unseren Beratungen zum Haushalt bedanken. Danke aber auch an alle Fachbereichsleiter und Mitarbeiter für viele Informationen und ihre stete Gesprächsbereitschaft. Für die Ausübung unserer ehrenamtlichen politischen Arbeit sind diese unabdingbar.

Christoph Boge